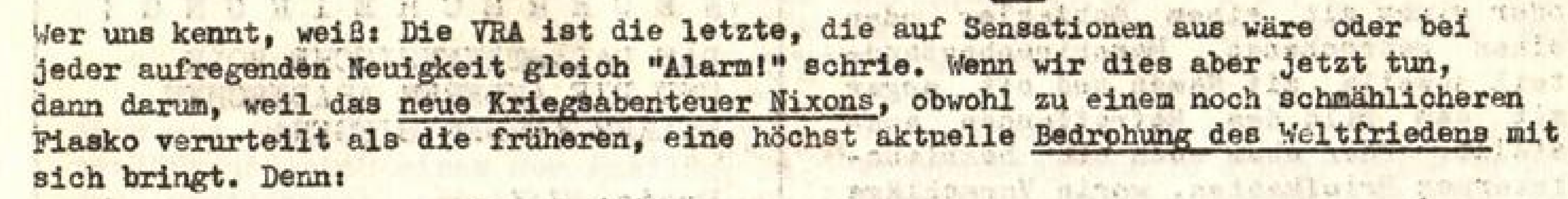
ALARM!



Wer uns kennt, weiß: Die VRA ist die letzte, die auf Sensationen aus wäre oder bei jeder aufregenden Neuigkeit gleich "Alarm!" schrie. Wenn wir dies aber jetzt tun, dann darum, weil das neue Kriegsabenteuer Nixons, obwohl zu einem noch schmählicheren Fiasko verurteilt als die früheren, eine höchst aktuelle Bedrohung des Weltfriedens mit sich bringt. Denn:

1. Wie aus japanischen und schwedischen Pressemeldungen hervorgeht, unternehmen derzeit die US-Imperialisten den Versuch, die öffentliche Meinung der Welt auf eine Anwendung von Atomwaffen in Indochina durch die amerikanischen Aggressoren vorzubereiten. Zur gleichen Zeit, da - angeblich im Namen des "Friedens" - die USA, Rußland und England "feierlich" eine Konvention unterzeichnen, wonach "der Meeresboden atomwaffenfrei" gehalten werden solle, schicken sich die wahnwitzigen Kriegstreiber des Pentagon - auf Grund eines von Nixon und seinem außenpolitischen Chefberater Kissinger ausgearbeiteten Plans - an, sogenannte "taktische Atomwaffen " gegen die Völker Indochinas einzusetzen! Ein solch fürchterliches Verbrechen kann im Endeffekt zu einem atomaren Weltkrieg führen. Die neue Eskalation des Indochina-Krieges, in deren Rahmen dieses Verbrechen geplant ist, muß daher auf den schärfsten Protest aller Völker der Welt, einschließlich des amerikanischen, stoßen!

2. Zugleich mit der Invasion amerikanischer Truppen bezw. ihrer Marionetten in Laos wird ein Einmarsch von Bodentruppen in Nordvietnam vorbereitet. Der"Präsident" der Saigoner Marionettenclique hat angekündigt, daß eine Überschreitung der Grenzen der Demokratischen Republik Vietnam durch seine Bodentruppen "nicht ausgeschlossen" sei.Die gleichzeitig eingetroffene Meldung von der "Rückkehr" eines Bataillons der "Ledernacken" (der US-Marineinfanterie) auf den vietnamesischen Kriegsschauplatz, und zwar in unmittelbarer Nähe des 17. Breitegrads, bestätigt den alarmierenden Charakter der frechen Ankündigung Van Thieus. Die verstärkten Bombardierungen Nordvietnams in der letzten Zeit (trotz dem auf der Pariser Konferenz gegebenen Versprechen, sie "bedingungslos und ein für alle mal" einzustellen) zeigen, wie ernst diese Drohung zu nehmen ist!

3. Weder die Drohung eines Atomkrieges in Indochina noch die einer Invasion Nordvietnams kann die Volksrepublik China gleichgültig lassen. China, das bekanntlich sowohl über Atom- und Wasserstoffbomben als auch über Fernraketen verfügt, hat immer wieder betont, daß es niemals als erstes diese Waffen anwenden werde; zugleich aber haben die Völker Indochinas bei jeder Gelegenheit erklärt, daß sie die Atom- und Raketenwaffen des sozialistischen China als ihren wirksamen Schutz gegen eine entsprechene Verschärfung der amerikanischen Aggression betrachten. Es kann kein Zweifel bestehen, daß sie gegebenenfalls in ihren Erwartungen nicht getäuscht sein würden! Bekanntlich hat auch China des öfteren seine Bereitschaft erklärt, dem vietnamesischen Volk, das es auf das entschiedenste und wirksamste im nationalen Widerstandskrieg gegen die US-Aggression unterstützt, auch "mit seinen Menschen" zu Hilfe kommen, insbesondere dann, wenn das Territorium der Demokratischen Republik Vietnam in ernste Gefahr geraten sollte. Und jetzt kommt die Tatsache einer Masseninvasion des Königreichs Laos hinzu, das unmittelbar an China grenzt. Wenn also das chinesische Außenministerium in seiner Erklärung vom 4. Februar betont, daß "das chinesische 700-Millionen-Volk, das unbeirrbar am proletarischen Internationalismus festhält, dem amerikanischen Imperialismus auf keinen Fall gestatten wird, willkürlich im Raum von Indochina zu operieren", dann ist das eine mehr als deutliche und absolut berechtigte Warnung.

Deshalb haben wir allen Grund, Alarm zu schlagen. Nicht nur aus Solidarität mit den antiimperialistischen Freiheitskämpfern Asiens, sondern auch im ureigenen Lebensinteresse unseres Volkes!

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße Nr. 40/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.
P.b.b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.



Für die VOLKSMACHT

Früher: „Der Kommunist"

Februar 1971
Nummer 48

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

Auch die Reform wird nichts ändern:

Bundesheer ist volksfeindlich

Welchen Zweck hat das Bundesheer in Österreich zu erfüllen? Will man die richtige Antwort darauf finden,muß man vom Klassenstandpunkt ausgehen.Vom Standpunkt der arbeitenden Menschen aus gibt es nur eine Antwort:Im kapitalistischen Österreich hat das Bundesheer zwei Aufgaben zu erfüllen. Erstens als Schutztruppe der Kapitalisten bereit zu stehen,sollte die Arbeiterklasse zu rebellieren beginnen, und zweitens ein Teil der imperialistischen NATO-Armee zu sein,der fest in die Strategie der westlichen Kriegstreiber eingeplant ist.

Was dem arbeitenden Volk jetzt als"Reform" verkauft wird und was mit einer gehörigen Portion Demagogie - besonders von Kreiskys Wahlpropaganda benützt wurde, ist doch nichts anderes als eine Straffung und Reorganisierung des Bundesheeres, um dessen oben erwähnten Funktionen im größtmöglichen Ausmaß zu sichern.

Gemäß dieser Aufgabenstellung spielt sich auch hinter der Kulisse "ernster Gegensätze" zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ,die von einheitlichen Auffassungen getragene Arbeit der Vertreter der Parteien in der "Reformkommission"ab.Diese Arbeit hat keinen anderen Zweck, als das Bundesheer in zwei Gruppen zu teilen. In a.) einen relativ kleinen aber gut ausgebildeten Kader, der jederzeit eingesetzt werden kann, und b.) der Masse der Soldaten, die - und da genügen auch sechs Monate Ausbildung - nur das Notwendigste mitbekommt, um dann als Kanonenfutter in einem imperialistischen Krieg für die Interessen des Kapitals zu sterben.

Was die Kadertruppe anbelangt,hat es nicht einmal Theaterdonner gegeben. Anstandslos lassen sich dafür "mehr Budgetmittel" finden als bisher.Weiß die Bourgeoisie warum, ist es für die arbeitenden Menschen umso wichtiger zu wissen: In dieser Kadertruppe sind die gutausgebildeten, gutbezahlten Söldner zusammengefaßt, die jederzeit gegen die eigene Arbeiterklasse eingesetzt werden können, sieht die herrschende Klasse ihre Macht gefährdet."Um Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten bzw. wieder herzustellen,wie es im Sprachgebrauch der Bourgeoisie heißt.

Ausbau und Stärkung dieser Kadertruppe ist ein echtes Anliegen der Machthaber, deren Angst vor einer kämpfenden Arbeiterklasse ja riesengroß ist und die mit Mißvergnügen die gewaltige Entwicklung der Streikbewegungen in allen Ländern beobachten und ihr Übergreifen auf Österreich befürchten. Und es paßt der Bourgeoisie auch gar nicht in den Kram, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung das Bundesheer eher als ein lächerlicher Haufen betrachtet wird, soll doch schon allein dessen Existenz die Arbeiter von Aktionen abhalten. Nicht umsonst wird der neue Verteidigungsminister als "harter Mann" herausgestrichen. Es ist dies der Versuch, die unterschwellige Drohung mit dem Bundesheer wieder aufzufrischen.

Und nun zum zweiten Punkt, der die volksfeindliche Rolle des Bundesheeres charakterisiert. Lang und breit wird den arbeitenden Menschen einzureden versucht, daß Österreich das Bundesheer zu seiner Verteidigung brauche. In Wirklichkeit ist unser Bundesheer seit seiner Gründung eine Sonderabteilung der NATO gewesen und bis heute geblieben. Keiner unserer Politiker hat jemals verabsäumt zu betonen, daß wir uns zum "westlichen Kulturkreis zugehörig fühlen". Und wenn die NATO die Zeit für gekommen hält, wieder den Ritt gegen Osten anzutreten, so ist unsere herrschende Klasse natürlich mit von der Partie. Denn die Zeiten, da man sich noch als Herren dieses "Raums" bezeichnen konnte, sind nicht vergessen.

Wenn die österreichischen Kapitalisten im Verhältnis zu ihren ausländischen Partnern auch nur "kleine Lichterln" sind, unterscheiden sie sich im Wesen nicht von den Mächtigen. Diesen biedern sie sich an, in der Hoffnung, bei einer Aufteilung des Kuchens auch zu einigen Stücken zu kommen. Dafür sind sie bereit, die Interessen der österreichischen Bevölkerung zu opfern. Die "Reformdebatte" in dieser Hinsicht läuft nur darauf hinaus, ein entsprechendes System ausfindig zu machen, bei dem das österreichische Volk breitgeschlagen wird, Gesundheit und Leben für die Interessen des Monopolkapitals des In- und Auslands herzugeben.

Ob die Dienstzeit dabei sechs Monate oder mehr oder weniger beträgt, ist völlig egal. Der Hauptzweck dieses Manövers liegt in der Ablenkung von den entscheidenden Fragen.

Nichts entlarvt besser die Scheinneutralität Österreichs als die Forderungen, Einsprüche und "Mahnungen", die betreffs des Bundesheeres an die Regierung gerichtet werden.

Es scheint für heute und hier gemeint zu sein, was Friedrich Engels 1887 schrieb: Das schon damals eingeführte Militärsystem bestand in der Einteilung der Dienstpflichtigen in zwei Kategorien: "Die erste wird in die Linie eingereiht, während die zweite sofort in die Reserve oder in die Landwehr eingestellt wird. Diese letztere erhält keine oder so gut wie keine militärische Ausbildung; die erstere jedoch hält man zwei oder drei Jahre unter der Fahne, eine Zeit, die ausreicht, aus ihr eine gehorsame, bis zur Willenlosigkeit eingedrillte Armee zu machen, eine zu Eroberungen im Auslande wie zu gewaltsamer Unterdrückung aller heimischen Volksbewegungen stets bereite Armee. Denn vergessen wir nicht, alle Regierungen... fürchten das arbeitende Volk daheim weit mehr als die mit ihnen rivalisierenden Regierungen jenseits der Grenze."

In unserer Grundsatzerklärung haben wir festgestellt, daß nur der gewaltsame Sturz der Kapitalsherrschaft und die Errichtung der Arbeitermacht, d.h. die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung des ganzen werktätigen Volkes die Gewähr gibt, daß Österreich in keinen imperialistischen Weltkrieg hineingezogen und seine Unabhängigkeit wirksam verteidigt wird.

Wir dürfen keineswegs auf eine für die Kapitalisten sehr wichtige Rolle vergessen, die das Bundesheer in Zeiten des "Friedens" spielt. Nämlich die Erziehung des jungen Arbeiters zum Diener des Kapitals. Durch Drill, sinnloses Exerzieren, Schleiferei, soll der junge Arbeiter auf sein späteres Leben in der Fabrik vorbereitet werden und lernen, sich in sein Schicksal zu fügen.

Die Struktur des Heeres ist die der Fabrik. Hier wie dort sucht sich der Herrschende seine Lakaien aus der Masse, besticht sie und hetzt sie dann gegen die Masse. Die Rolle des Unteroffiziers übernimmt eben in der Fabrik der Abteilungsleiter und die Rolle des Offiziers der Kapitalist. Genau wie in der Kaserne soll der junge Mensch auch im Produktionsprozess nicht denken, sondern nur durchführen was ihm der Lakai des Herrschenden aufträgt. Unser Kampf muß dazu führen, daß immer mehr Menschen erkennen, welchen Zweck das Bundesheer in Österreich erfüllen soll, welchen Interessen es dient.

LITERATURHINWEIS

"Sechs militärische Schriften" von Mao Tsetung Preis: S 15.-

"Die Volksarmee ist unüberwindlich" Preis: S 2.-

Dinge, die zu denken geben

Leider gibt es noch viele Arbeiter, die es für eine agitatorische Übertreibung halten, wenn wir sagen: "Kreisky - Kanzler des Kapitals". Immer noch herrscht in weiten Kreisen die Illusion (wacker genährt von der revisionistischen "KPÖ"), daß die SP-Führung die Interessen der Arbeiter vertreten "könnte, wenn sie wollte", daß sie nur "zu nachgiebig" gegenüber den Kapitalisten sei usw. In Wirklichkeit ist die SP (was die ihre Politik bestimmende Führung und nicht die von dieser irregeführte Mitgliederschaft betrifft) heute ebenso eine Partei des Großkapitals wie die ÖVP (und, als Reserve, die FPÖ). Mehr noch: immer mehr kritisieren heute die Monopolkapitalisten die ÖVP wegen deren Unfähigkeit, die Interessen der Großbourgeoisie wirksam wahrzunehmen, und stellen ihr die Kreisky-Partei als nachahmenswertes Vorbild hin.

Obwohl es im Wesen des parlamentarischen Betrugssystems der Kapitalsdiktatur liegt, den Volksmassen die beiden Großparteien der Bourgeoisie als "feindliche Brüder" einander gegenüberzustellen, (wie dies bezgl. der "Republikaner" und "Demokraten" in den USA, der "Konservativen" und "Labour-Party" in England, der CDU-CSU und SPD in Westdeutschland etc. längst üblich ist), muß man gegenwärtig unter unseren speziellen Verhältnissen auch hervorheben, daß es sich um "feindliche Brüder" handelt. So und nicht anders ist es zu verstehen, daß sich in der letzten Jännerwoche, unmittelbar nachdem ein Theater inszeniert wurde, um einen ernsthaften "Gegensatz" zwischen dem Präsidenten des "unabhängigen" ÖGB, Benya, und Kreisky herauszustellen, der Führer des VP-Wirtschaftsbundes Sallinger in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Präsident der Bundeswirtschaftskammer zu betonen beeilte, daß diese offizielle Unternehmerkörperschaft "nach allen Seiten unabhängig" sei. Um das noch zu unterstreichen, fand die "3. Ökonomische Versammlung" der SP-Bonzokratie am 29. Jänner im Festsaal der Bundeswirtschaftskammer statt, und Kreisky dankte dieser in seiner Eröffnungsansprache "besonders" (wie die "AZ" unterstrich), "daß sie ohne zu zögern ihren Saal zur Verfügung gestellt hatte (nebenbei: Keiner unserer Leser zweifelt daran, daß die SP Dutzende mindestens ebenso geeigneter Räumlichkeiten gefunden hätte, falls sie nicht gerade ein spektakuläres Exempel statuieren wollte! D.Red.), was als Ausdruck des guten Klimas zwischen den Wirtschaftspartnern gewertet werden könne".

Was Wunder, daß beim Schulungstag der "Sozialistischen Akademie" am 1. Feber neben Justizminister Broda auch VP-Nationalrat Hauser ein Referat hielt?



Diese beiden Herren sind ihnen sicher bekannt. Es handelt sich um den "sozialistischen" Bundeskanzler Kreisky und um Österreichs Paradekapitalisten Mautner-Markhof. Einverständnis herrscht bei diesen beiden Herren nicht nur am Philharmonikerball (auf dem dieses Bild aufgenommen wurde), sondern auch in wirtschaftlichen Fragen. Also Fragen, die die arbeitende Bevölkerung direkt betreffen! Es sollte und wird auch vielen Arbeitern in Österreich letzten Endes zu denken geben, daß sich der "Sozialist" Kreisky nicht nur in seiner "Freizeit" mit den Vertretern der Kapitalistenklasse ausgezeichnet versteht!

Der Kampf der polnischen Arbeiter geht weiter

Gierek, der neue revisionistische Machthaber Polens, ließ alle Register spielen, um die Arbeiter wieder an die Werkbank zu bringen. Wir haben schon in Nr.47 geschildert, wie er versucht, durch diverse Zuckerl die Arbeiterfront aufzuspalten. Dieses Manöver mißlang. Gierek mußte sich bequemen, eine Reihe von Forderungen der Werft- und Hafenarbeiter zu erfüllen. Er mußte, trotz seiner ursprünglichen Weigerung, nach Stettin kommen und dort während neuen Stunden den Arbeitern Rede und Antwort stehen. Und sie gaben ihm "harte Bandagen": Gierek mußte sogar eine Gedenkminute zu Ehren der gefallenen Arbeiterhelden einschalten! Er versuchte natürlich, alle Schuld an dem Massaker auf den verabschiedeten Gomulka zu schieben, was ihm jedoch nur teilweise gelang. Die Arbeiter, deren Streikkomitees nun zu ihren ständigen Vertretungskörperschaften geworden sind, gingen schließlich an die Arbeit und entließen Gierek nach Warschau.

Allerdings mit keinem Blankoscheck. Sie warten ab und Gierek weiß das. Er sucht nicht nur in der Revisionistenzentrale in Moskau und bei seinen Spießgesellen in den anderen von Revisionisten beherrschten Ländern Unterstützung, sondern er wirft sich auch in die Arme der "alleinseligmachenden" Kirche. Wobei ihm die Kardinäle bereitwilligst ihren Segen gaben, brachte er ihnen doch ein schönes Geschenk. (Siehe unsere Glosse: "Die Kirche erbt".)

Eines steht fest, die polnische Arbeiterklasse hat eine erfolgreiche Schlacht geschlagen und weder die Beschwörungen der Kardinäle und Bonzen noch die Drohung mit russischen Panzern wird sie daran hindern, den Kampf siegreich weiterzuführen.

An die Mauern haben die Arbeiter viele Losungen gemalt. Eine davon lautet:

"Nieder mit den Hitlerleuten!"

Es lebe die Arbeitermacht!

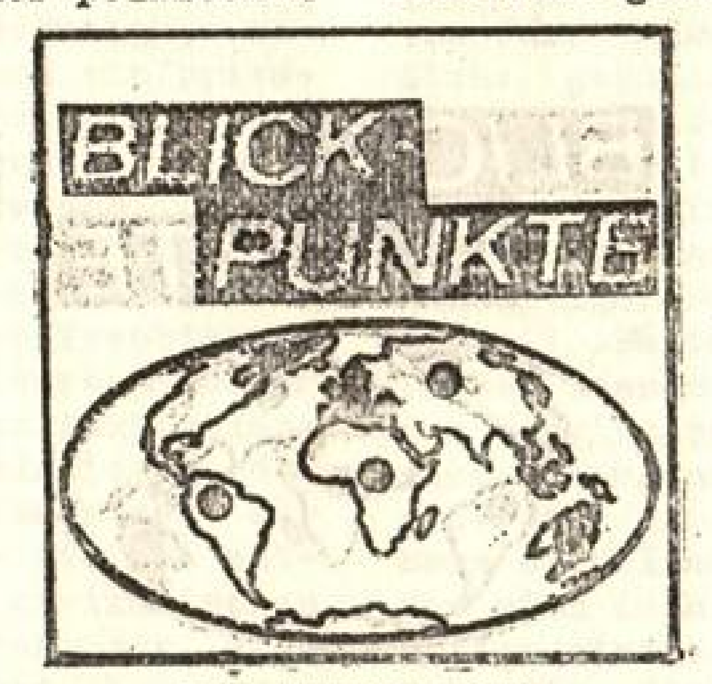
Halten wir uns kurz den Verlauf der Ereignisse in Polen vor Augen. Im Dezember 1970 drastische Preiserhöhungen der Regierung Gomulka, die die Existenz der polnischen Arbeiterschaft bedrohen. Daraufhin nehmen vor allem die Hafenarbeiter entschlossen den Kampf auf, was von Seiten der Regierung mit brutalem Polizeiterror beantwortet wird. Doch es gelingt den Herrschenden in Polen nicht die Wut der Arbeiter mit Gewalt zu ersticken. Ganz nach bürgerlicher Manier kommen nun die diversen Manöver. Gomulka und seine Clique muß weichen und einer neuen revisionistischen Regierung Platz machen, die sich von allem Anfang bemüht, die Arbeiter durch "Diskussionen" zu beschwichtigen. Doch der Kampfwille des polnischen Proletariats ist nun nicht mehr mit Worten zu bremsen. Zuviel steht für die Arbeiter auf dem Spiel. Und jetzt zeigt sich, daß der Kampf für's erste Erfolg hatte: Die Regierung ist gezwungen worden, die Preiserhöhungen zurückzunehmen! Dieser Kampfwille der polnischen Arbeiter ist beispielgebend für die Arbeiter der ganzen Welt! Auch die österreichischen Arbeiter werden begreifen, daß ihr Wille und ihr Kampf sehr wohl Erfolg haben kann, denn sind denn bei uns etwa nicht ununterbrochene Preissteigerungen an der Tagesordnung? Zwar ist die hiesige herrschende Klasse etwas geschickter in ihrem Vorgehen als die polnische und erhöht die Preise nicht sofort um 20-25%, doch letzten Endes sind wir alle bedroht von der Gier der Kapitalisten nach höheren Profiten!

POLNISCHE ERKENNTNISSE

Man könnte meinen, der österreichische Außenminister hat seinen Besuch in Polen - es war der erste eines "westlichen" Politikers seit der Dezember-Rebellion - nur unternommen, um den Machthabern dort "Äzes" zu geben, wie man am besten unzufriedene Arbeiter beruhigen könne. In der Tat klingt es für uns in Österreich sehr vertraut, wie Gierek jetzt die Arbeiter wieder in die Fabriken und Werften bringen und ihre Forderungen abwürgen will. Auch wir hören immer wieder, daß doch allen "die Entwicklung des Landes gemeinsames Ziel" sein müsse. Auch wir hören gerade jetzt wieder, daß "momentan nichts zu verlangen" sei, sondern "alle an einem Strang ziehen" müßten. Auch wir haben unsere "Schuldigen", die für alles was schlecht ist herhalten müssen, wobei die Schuld der polnischen Machthaber schon bis zum vielfachen Arbeitermord gediehen ist.

Ob "Kirchschläger-Äzes" oder nicht, sicher ist, daß die neue Garnitur in Polen aus dem Anschauungsunterricht westlicher kapitalistischer Länder ihren Nutzen ziehen und nun mit Süßholz ihre Macht festigen will. Daß die polnischen Arbeiter nicht darauf hereinfallen, sondern konsequent auf ihre Forderungen beharren, ist eine wichtige Erkenntnis für uns Arbeiter in Österreich. Darüber berichten freilich die Zeitungen der österreichischen Bourgeoisie nichgs und auch die revisionistische "Volksstimme" fälscht um. <u>Denn das Beispiel der polnischen Arbeiter, wie auf Preiserhöhungen etc. zu reagieren ist, darf ja nicht Schule machen.</u>

Wobei die revolutionäre Erhebung der Arbeiter in Polen ja weit mehr Bedeutung hat. Sie war ja ihrem Wesen nach ein Kampf um die Macht im Staat. Die Wiederherstellung des Kapitalismus mit seinen Folgen ist ja die Ursache der Rebellion gewesen (siehe unseren Artikel in Nr.47). Aber so ein Kampf von Arbeitern für die sozialistische Gesellschaftsordnung, ist für eine antikommunistische Hetze nicht zu brauchen. Daher wurden die Berufshetzer so schnell ruhig über Polen.




x x x x

DIE KIRCHE ERBT

Die neue polnische Führung hat ihren Willen kundgetan, der katholischen Kirche in den ehemals deutschen Gebieten ihr "Eigentum" zurückzugeben. Da wird aus den Arbeitern herausgepreßt was nur geht und gleichzeitig das?

Die Führung der KPÖ ist krampfhaft bemüht, dem kleinen Rest ehrlicher Aktivisten einzureden, "Ereignisse" wie jetzt in Polen seien bloß "tragische Fehler" in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. (Daher findet sich über die "Wiedergutmachung" an der Kirche auch kein Wort in der "Volksstimme".)

In Wirklichkeit wiederholt sich da ein jahrhundertealtes Spiel. Es geht um die Unterdrückung und Niederhaltung arbeitender Menschen und dazu schliessen sich alle Reaktionäre zusammen. Die Kirche verlangt natürlich etwas dafür und bekommt es auch. Jetzt werden die Priester in die antikommunistische Hetze, von den Kanzeln aus, auch Appelle um "Ruhe und Ordnung" mischen.

<u>"Was der Feind bekämpft, unterstützen wir. Was der Feind unterstützt, bekämpfen wir"</u>, lehrt uns Mao Tsetung.

Zeigt die Entwicklung in Polen nicht haargenau, wie die Fronten verlaufen? Auf der einen Seite die rebellierenden Arbeiter, auf der anderen die Machthaber, die sich jetzt auch offen mit der Kirche verbünden.

Arbeitern kann die Entscheidung nicht schwerfallen.

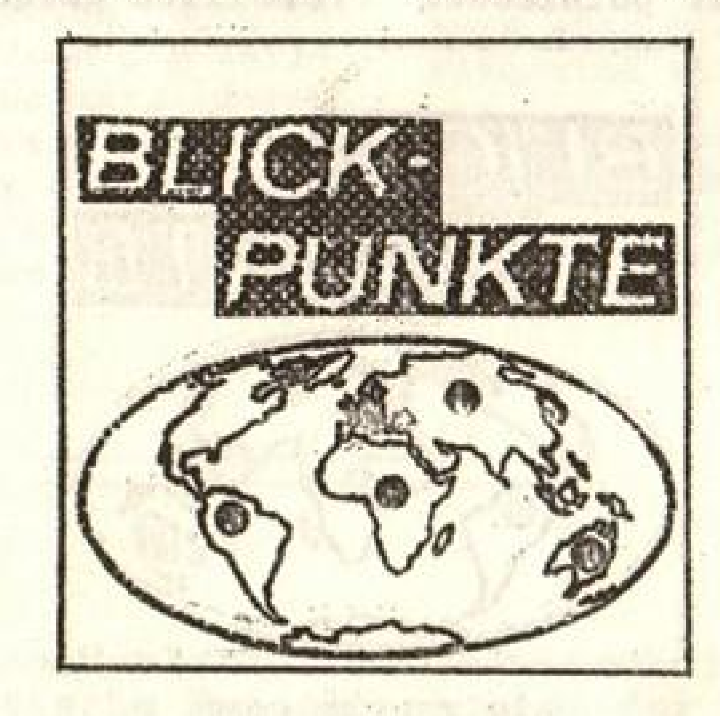
<u>Solidarität mit den polnischen Arbeiterkollegen</u>

GEGEN DIE ARBEITENDEN MENSCHEN

"Ich halte gar nichts von der Unterscheidung in direkte und indirekte Steuern. Wichtig ist, wer die Steuern wirklich zu tragen hat", so hat der SP-Finanzminister Androsch erklärt. Es ist dies eine Frage, die auch die Arbeiter interessiert und an der Art, wie nun der Finanzminister seine Einnahmen hereinbringt, können die Arbeiter erkennen, ob er "für Sie" oder "gegen sie" ist. (Gewählt wurde er ja, weil er "für" die Arbeiter "etwas machen" sollte.)

Es waren ja nicht wenig Versprechungen, die die SPÖ-Führung den Arbeitern auch in steuerpolitischer Hinsicht gemacht hat. So wenig wie alle anderen, hält sie auch diese. Es spricht der neue Finanzminister (genauso wie sein grosser Lehrmeister, der Herr Bundeskanzler) zwar viel von "Erleichterungen" für die arbeitenden Menschen, heraus kommt allerdings das Gegenteil. So werden auch 1971 - und das im verstärkten Maße - die Arbeiter und Angestellten mehr Steueraufkommen zu erbringen haben als die Herren Unternehmer. Nicht nur mehr in der Summe, sondern auch im Verhältnis zueinander. Die Steuerlast liegt also weiterhin, und in weit größerem Umfange, auf den arbeitenden Menschen. "Wichtig ist, wer die Steuern wirklich zu tragen hat", sagte Androsch. Die Praxis zeigt somit sehr deutlich, auf welcher Seite der Finanzminister steht: auf der Seite des Kapitals, mag er sich wie seine Regierungskollegen noch so sehr als "Sozialist" ausgeben. Die vielen Anhänger der SPÖ - sofern sie von ihr eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen erwarten - werden die Tatsache schlucken müssen: Kreisky mit seinem ganzen Team, alle die diversen Bonzen und Macher in den SPÖ-Führungskreisen, führen heute eine Politik im Interesse des Monopolkapitals durch, besser als es die ÖVP könnte. Das ist der einzige Grund, warum diese Regierung im Amt ist.

Was können wir arbeitenden Menschen dagegen machen? Erstens nicht glauben, daß wir, indem wir phrasendreschende Verräter "wählen", genug für unsere Interessen getan haben. Wir müssen zweitens erkennen, daß die "Demokratie", die uns vorgegaukelt wird nur dazu dient, uns auf leichte Art und Weise zu beherrschen und auszusackeln. Wir müssen drittens erkennen, daß die Arbeiter selbst die Macht ausüben müssen, wollen sie die Früchte ihrer Arbeit genießen.



KREISKY WILL "ANNÄHERN"

Der liebe Kreisky redet oft und gerne, das wissen wir ja schon. So hat er auch kürzlich vor dem Europarat gesprochen. Und da hat er u.a. darauf hingewiesen, man müsse die Veränderungen, die sich im Ostblock ergeben haben, erkennen und durch eine vorsichtige Politik eine weitere Annäherung ermöglichen. Braucht man da noch etwas hinzuzufügen? Eigentlich nicht. Kreisky plaudert nur aus der Schule, was wirkliche Marxisten-Leninisten wissen: Die Herren im Kreml und ihre Vasallen in den Volksdemokratien haben den proletarischen Weg verlassen und sind zu Verrätern an der Sache der Arbeiterschaft geworden.

Woran sich Kreisky noch mehr "annähern" will, daß ist die Ausbeutung und Unterdrückung der Volksmassen, gemeinsam mit den westlichen Kapitalisten. Da es dabei fast nichts mehr "anzunähern" gibt, hat das ganze Gerede nur den Zweck, einerseits diesen Verrätern noch revolutionären Anschein zu geben, um ihre Anhänger bei der Stange zu halten, andererseits um die katastrophalen - weil kapitalistischen - Verhältnisse in den Ländern des Ostblocks für die Hetze gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung auszunützen und damit den Arbeitern in den kapitalistischen Ländern den Glauben zu nehmen, durch die Arbeitermacht könnten sie ihr Schicksal ändern.

Sozialismus, Arbeitermacht, Diktatur des Proletariats, das ist aber etwas ganz anderes als jetzt in den Ostblockstaaten vor sich geht. Was diese Begriffe wirklich bedeuten, dokumentiert sich in China und Albanien. Von diesen Ländern ausgestrahlt, werden sie die Werktätigen der ganzen Erde ergreifen.

Wachsende Einheitsfront gegen die „Supermächte"

Die Feststellung von Genossen Mao Tsetung, daß in der heutigen Weltlage die Revolution die Haupttendenz ist, bewahrheitet sich immer mehr. Unter anderem in der stürmisch wachsenden Einheitsfront der Völker und Regierungen (seien es mehr oder weniger fortschrittliche, seien es innenpolitisch offen reaktionäre) kleiner und mittelgroßer Länder gegen die Weltherrschaftsansprüche der beiden "Supermächte", vor allem des US-Imperialismus. Nehmen wir den erfolgreichen Kampf vieler Länder - vor allem Lateinamerikas - gegen den Versuch der Nixon-Regierung (mit Unterstützung durch die Moskauer Renegatenclique), bei der UNO eine Resolution durchzupeitschen, wonach die Weltmeere faktisch ein privates Jagdrevier der "Supermächte" würden. Nehmen wir den gerechten Kampf der zehn erdölexportierenden Länder gegen die Rockefellers und ähnliche Weltmonopole für eine Erhöhung des Rohölpreises und der Schürfrechtabgaben. Nehmen wir den Kampf verschiedener "unterentwickelter" Rohstoffexportländer gegen die Preisspekulationen der Imperialisten auf den Weltmärkten für Kupfer und Kaffee. Nehmen wir den entschiedenen Kampf der afrikanischen Länder gegen die Belieferung der südafrikanischen Rassisten mit Kriegsmaterial durch den englischen Imperialusmus sowie gegen die von den Westmächten - vor allem den USA und Westdeutschland - angestifteten Umsturz- und Einmarschversuche in Guinea. In all diesen und ähnlichen Kämpfen der letzten Zeit äußert sich die zunehmende Entschlossenheit der kleinen und mittleren Staaten, ihre Unabhängigkeit und Souveränität gegen die Anschläge der Großmächte zu behaupten und vor allem die Weltherrschaftsabsichten des US-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus zu vereiteln.

In einem bedeutsamen Grundsatzartikel, der diesen Kampf gegen das Weltherrschaftsstreben der Großmächte ("Hegemonismus") gewidmet ist, schrieb kürzlich das Organ der KP Chinas "Renmin Ribao" u.a. folgendes:

"Alle Länder, große wie kleine, müssen gleichberechtigt sein. Es fanden sich aber 1-2 Supermächte, die sich erlauben, andere Länder am Gängelband zu führen, sie zu terrorisieren und zu schädigen. Wer hat ihnen das 'Recht' dazu gegeben? Warum sollen die großen Länder über den anderen thronen? Durch solche Willkürakte erweisen sie sich als Feinde aller Völker der Welt. Die Wirklichkeit ist unerbittlich: Wer andere mit Füßen treten und beherrschen will, gegen den werden die Völker der ganzen Welt einen gemeinsamen Kampf bis zu seiner restlosen Zerschlagung führen.

Unser großer Führer Vorsitzender Mao Tsetung lehrt: 'Wir treten entschieden dafür ein, daß alle Länder die bekannten fünf Prinzipien durchführen, nämlich: gegenseitige Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz.' Regierung und Volk unseres Landes lassen sich von der Weisung des Vorsitzenden Mao leiten und halten sich streng an diese Prinzipien. Wir gestatten nicht, daß andere Länder unsere staatliche Souveränität antasten und sich in unsere inneren Angelegenheiten einmischen. Und wir werden niemals die Souveränität anderer Länder verletzen und uns in ihre Angelegenheiten einmengen. Das ist unsere Haltung heute und wird es auch in Zukunft bleiben.

Gegenwärtig nennt der amerikanische Imperialismus China eine "potentielle Supermacht". Das soll bedeuten, daß sich China später unter die Supermächte drängen könnte. Wir danken diesen Herrschaften für ihre Schmeichelei und weisen sie zurück. China wird niemals eine Machtposition anstreben. Wir werden immer in einer Reihe mit den unterdrückten Volksmassen und Nationen stehen. Das chinesische Volk wird Schulter an Schulter mit den Völkern der ganzen Welt für die restlose Zerschlagung des Großmächte-Hegemonismus kämpfen."

DIE LESER SCHREIBEN

KLEINE REFORM - GROSSER BETRUG

So mancher Gewohnheitsbetrüger kann noch etwas lernen, wenn er die Praktiken unserer SP-Regierung verfolgt. Der Betrug bei Kreisky & Co. liegt darin, daß dem Volk eingeredet werden soll, mit der SP-Regierung könnte sich etwas zum Besseren für die arbeitenden Menschen ändern.

Die "kleine Steuerreform" hat Finanzminister Androsch zu Beginn 1971"wirksam"werden lassen und schon lange vorher die SP-Propagandatrommel gerührt. Wenn nicht viel, so wenigstens etwas, mögen sich so manche SP-Wähler gedacht haben. Ehrlich gesagt, ich habe auch dazugehört. Aber gleichzeitig mit der "kleinen Reform" wurde auch die Beitragsgrundlage zur Krankenkasse erhöht. Geredet wurde davon gar nicht viel. Aber die Auswirkung ist so,daß von der "Steuererleichterung" faktisch nichts übrigbleibt.

Das schaut zum Beispiel bei einem Arbeiter, Steuergruppe B/1, kein Alleinverdienerfreibetrag, so aus:

Lohn 1970 wöchentl. brutto	S	1.130.77
Abzüge: Sozialversicherung, AK-Umlage etc.	"	152.37
Lohnsteuer	"	90.40
netto	S	888.--

Lohn 1971 wöchentl. brutto	S	1.130.77
Abzüge: Sozialversicherung, AK-Umlage etc.	"	162.28
Lohnsteuer	"	77.70
netto	S	890.79

Es bleiben diesem Arbeiter also wöchentlich S 2,79 übrig. Recht dürftig, betrachtet man die Propaganda, die mit der "Mini-Reform" getrieben wurde. So müßten eigentlich die Illusionen über die SP-Regierung immer mehr schwinden. Was auch gut wäre, denn Betrüger muß man erkennen, dann kann man sich ihrer erwehren.

S. E. Wien

DIE IMPERIALISTISCHE MISSION ISRAELS IN AFRIKA

die naturreichtümer des afrikanischen kontinents lenken immer mehr die aufmerksamkeit des imperialismus auf diese länder. in den letzten jahren hat der us-imperialismus neue methoden ersonnen, um seinen einfluß in afrika zu vergrößern. diese methoden haben zumeist indirekten charakter. israel und andere amerika "befreundete staaten" gehören zu dieser modernen imperialistischen strategie. der dienst, den israel dem imperialismus leistet, beschränkt sich nicht nur auf den nahen osten. der amerikanische imperialismus bedient sich in afrika der israelischen institutionen - diplomatische, militärische und solche, die als "entwicklungshilfe" bezeichnet werden - um sein ziel der ausbeutung afrikas und der aufrechterhaltung der hegemonie, sowie der zerstörung der revolutionären organisationen zu realisieren.

israel liefert hoch entwickelte anleitungen auf dem gebiet der militärischen spionage. eine große anzahl der genannten anleitungen wurden an die afrikanischen staaten geliefert, um dort eine art von polizei zu schaffen, die die neokolonialistischen regimes an der macht halten und eine eventuelle volksbewegung verhindern sollen. alle aktionen israels werden von den usa auf jede weise unterstützt.

um die volksmassen zu täuschen, wird vorgegaukelt, daß israel "echte hilfe" biete. tatsächlich ist es so, daß israelische hintermänner sogar "befreiungsbewegungen" aufzubauen versuchen, um bessere spionagearbeit leisten zu können.und das ganze geschieht unter der oberhoheit und einem weltweiten konzept des amerikanischen geheimdienstes c.i.a. erhaltene informationen werden von israel sofort an die usa weitergegeben, die sich dafür "erkenntlich" zeigen, als sie den israelis alles zur verfügung stellen, um die befreiungsbewegung in palästina zu vernichten.

die konterrevolutionären aktionen israels in afrika sind aber zum scheitern verurteilt. immer schneller und stärker erkennen die afrikanischen völker die neokolonialistischen absichten israels und seines schirmherrn und auftraggebers usa. die expansionsbestrebungen israels im nahen osten sind der beste beweis dafür.

alle fortschrittlichen und revolutionären kräfte in afrika haben die mission israels begriffen und wissen, daß nur der bewaffnete kampf der afrikanischen völker gegen neokolonialismus, unterwühlung und aggression seitens der imperialisten erfolgreich sein kann.

H. Kärnten

REVISIONISTISCHE SCHÜTZENHILFE FÜR JONAS

Die leitenden Mitglieder der Firma Muhri & Co. mögen ihre angeblich "kommunistische Einstellung" noch so oft in die Welt hinausschreien, ihren tatsächlichen und uneingeschränkten Sozialdemokratismus können sie umsoweniger verbergen. Die bevorstehenden Neuwahlen für das Amt des Bundespräsidenten sind in dieser Hinsicht vorzüglich geeignet, diese an und für sich längst zweifelsfrei bewiesene Behauptung auf's neue zu erhärten.

Das ZK der sogenannten "K"PÖ hat keinen eigenen Kandidaten aufgestellt.Sie hat ihren noch verbliebenen Mini-Wählerstamm aufgefordert, dem von der "oppositionellen Ausführung" ÖVP benannten derzeitigen UNO-Botschafter und früheren Außenminister Waldheim die Stimme zu verweigern. Von einer eventuellen ungültigen Stimmenabgabe war und ist nicht die Rede. Damit leistet die Zentrale vom Höchstädtplatz Schützenhilfe für den amtierenden Bundespräsidenten Jonas, der bekanntlich der offiziellen Sozialdemokratie angehört, und zwar aus schlechtem Gewissen nicht direkt, sondern indirekt. Wenn dies keine eindeutige Festlegung für Jonas ist, was sonst?

Die bewußten Marxisten-Leninisten denken selbstverständlich nicht im Traum daran,sich etwa für den ÖVP-Kandidaten einzusetzen. Diese Bemerkung mag sicher überflüssig sein, es soll jedoch auch der geringste Zweifel an dieser unverbrüchlichen Haltung vermieden werden. Gilt diese Haltung aber eindeutig gegenüber Waldheim, dann gilt sie gleichermaßen und nicht weniger eindeutig gegenüber Jonas. Beide sind führende Exponenten ein und derselben Richtung, d.h. der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Für keinen echten Kommunisten kann es daher eine irgendwie geartete Alternative Jonas-Waldheim geben!

Wenn sich die Muhri-Clique (meinetwegen "nur" indirekt) für Jonas entscheidet,dann tut sie eben genau dies, was jeder Marxist-Leninist strikt ablehnt: Sie entscheidet sich schon gewohnheitsmäßig für die bestehende Ordnung, über deren Charakter an dieser Stelle nichts mehr zu sagen ist.

Der ausgebeuteten Bevölkerungsmehrheit kann es gleichgültig sein,wer von beiden gewählt wird. Wie bei den vergangenen Regierungsbildungen wird das objektive Ergebnis auf alle Fälle nur das sein: Keinerlei Änderung, alles bleibt beim alten! Denn im heutigen Österreich hat das arbeitende Volk nichts zu reden und daher auch niemand zu wählen.

Das wirklich interessante Ergebnis am betreffenden Tag kann nur sein, wieviele Stimmen ungültig abgegeben werden, wieviele Stimmen in ihrer praktischen Substanz damit gegen beide Kandidaten der herrschenden Bourgeoisie abgegeben werden. Daran ist die Reife der österreichischen Arbeiterklasse im vorliegenden Fall zu messen.

Die "KPÖ" aber erweist sich erneut als "Auffangbecken..das eine revolutionäre Entwicklung verhindern soll",so wie es in "Für die Volksmacht", Nr. 46 vom Dezember 1970 auf S. 2 beschrieben ist.

F.P. Westdeutschland

Es lebe der Befreiungskampf der Völker

In der westafrikanischen Republik Guinea:

DEN AMERIKANISCHEN IMPERIALISTEN UND SEINEN PORTUGIESISCHEN LAKAIEN WURDE KRÄFTIG AUF DIE FINGER GEKLOPFT

Die Republik Guinea im Westen Afrikas war bis Oktober 1958 ein Teil des französischen Kolonialreiches. Am 1. Oktober 1958 erklärte sich das Land unabhängig und lehnte auch eine neokolonialistische "Betreuung" durch sein ehemaliges Mutterland ab. Die neu gewonnene Unabhängigkeit mußte dieses relativ kleine Land ständig mit Zehen und Klauen gegen die verschiedensten Komplotte der Imperialisten verteidigen.

Wegen dieses unnachgiebigen Kampfes, sich in jeder Beziehung die Unabhängigkeit zu bewahren, war und ist die Republik Guinea ein Dorn im Auge der Kolonialisten und Imperialisten mit den USA an der Spitze. Besonders auch darin, weil Guinea Beispiel und Aufmunterung für die um ihre Freiheit kämpfenden Völker dieses Gebietes ist, vor allem für das Volk von Guinea-BISSAU, das im siegreichen Befreiungskampf gegen die Beherrschung durch Portugal, diesem Lakaien des USA-Imperialismus in Afrika, steht. Und der zweite wichtige Punkt: Guinea besitzt die größten Vorräte an Bauxit (Rohstoff für Aluminiumherstellung) in der Welt.

Nachdem Fachleute des amerikanischen Geheimdienstes alles fein säuberlich ausgekundschaftet hatten, so ähnlich wie seinerzeit in Kuba, schickte man ganz einfach Söldnerbanditen zum Überfall los. Und wie seinerzeit in der Schweinebucht von Kuba, ging auch in Guinea die Rechnung der imperialistischen Gangster nicht auf. Binnen drei Tagen wurden die imperialistischen Banden restlos aufgerieben.

In ganz Afrika erhob sich ein Sturm der Entrüstung und Solidarität mit Guinea, der den ameriaknischen Imperialisten mitsamt seiner portugiesischen und anderen Lakaien noch lange in den Ohren klingen wird.

Als es den reaktionären Komplizen der Intervention an den Kragen ging, da heulte die von der herrschenden Klasse manipulierte "öffentliche Meinung der freien Welt" wütend auf. Wobei es diese Herrschaften gar nicht störte, daß sich unter den Verschwörern ein ehemaliger höherer Führer der Waffen-SS befand, der unter falschem Namen als "Entwicklungshelfer" und "Brauereispezialist" auftrat.

Wie recht Volk und Regierung bei ihrem Vorgehen haben, zeigt nun der von den Imperialisten angezettelte Militärputsch im ostafrikanischen Land Uganda.

Der Imperialismus wird eben nie, sei es in Indochina, Afrika, Palästina oder sonstwo, freiwillig zurücktreten, sondern in seinem Verzweiflungskampf hunderttausende Menschen und blühende Länder zugrunderichten. Nur der harte und rücksichtslose revolutionäre Kampf wird ihm endlich den Garaus machen.



anläßlich des

100. JAHRESTAGES DER PARISER KOMMUNE

DER ERSTEN DIKTATUR DES PROLETARIATS

Am Freitag, den 19. März findet in unserem Lokal 1o8o Wien, Schönborngasse 6 um 19 Uhr eine Diskussionsveranstaltung statt!

Wir laden alle interessierten Genossen, Leser und Sympathisanten herzlichst dazu ein!

AUS DER ORGANISATION

VRA-Kärnten berichtet über die Ausstellung "China heute" in Friesach

Unsere Ausstellung "China heute", die von der VRA-Landesgruppe Kärnten veranstaltet wurde, ist zu einem großen Erfolg geworden. Die Ausstellung erfreute sich eines regen Zuspruches.Wir zählten insgesamt 200 Besucher,die mit viel Interesse den großartigen Aufschwung des chinesischen Volkes, basierend auf den Maotsetungideen, anhand der Fotomontagen aus der VR China verfolgten. Besonderes Interesse konnten wir für die proletarische Linie auf allen Gebieten der chinesischen Gesellschaft bei unseren Besuchern feststellen.

Unser Literaturstand marxistischer Schriften, der Werke Mao Tsetung sowie unserer Zeitungen "Für die Volksmacht" und "Rote Garde" war ein äußerst wichtiger Teil der gesamten Ausstellung. Das umfangreiche Material bildete eine ideale Ergänzung zu den Fotos und die Führungen durch die Genossen bildeten für den Besucher ein abrundendes und ausführliches Bild der Ausstellung.

Die Veranstaltung sprach alle Altersschichten der Bevölkerung an, aber vor allem die Jugend und es gelang uns, einige Kontakte weiter auszubauen.

Die ständig geführten Diskussionen der VRA-Genossen mit den Besuchern beschränkten sich keinesfalls nur auf die Ausstellung und auf China, sondern gingen darüber hinaus auch auf die österreichische Situation und die Aufgaben der VRA ein. Unser Ziel, mit der Ausstellung der VRA Öffentlichkeit zu verschaffen, ist uns im großen und ganzen sehr gut gelungen, weil wir erstens Flugblätter mit dem Zeitungskopf "Für die Volksmacht" als Ausstellungswerbung vertrieben haben und zweitens in den Diskussionen immer wieder die Organisation in den Vordergrund gerückt haben. Welches Gesamtbild die Besucher von unserer Ausstellung hatten, wollen wir an einigen Ausschnitten aus den Eintragungen in unser Besucherbuch zeigen.

Wir zitieren:

"Aussagende Ausstellung und politisch sehr aufschlußreich. Gute Informationsmöglichkeit."

"Informationsausstellungen sind immer zu begrüßen, besonders in einem Land, daß sich im gesellschaftlichen Bereich so sehr im Dornröschenschlaf befindet."

"Solche Veranstaltungen unbedingt öfter bringen, wir brauchen sie um die Bevölkerung wachzurütteln."

"Ich glaube, diese Ausstellung soll den Kommunismus in Österreich verbreitern. Es droht die rote Gefahr."

"Bringt leider nur einen Ausschnitt eines erfolgreichen und basierten Aufstieges eines Volkes, erreicht durch Objektivität, Selbstkritik, Kritik und Vertrauen."

"Man sieht ganz deutlich, daß der Kapitalismus dem Untergang geweiht ist."

"Sehr beeindruckt....... und wir werden daran arbeiten, um an das Ziel des Sozialismus zu gelangen."

"Gute Führung; gut gefallen."

"Literatur hervorragend und wert, studiert zu werden."

"China zum Vorbild nehmen und die Revolution zum Sieg führen."

Die angeführten Meinungen beweisen uns erneut, daß diese Formen politischer Arbeit erfolgreich sind; weit weg von spektakulären Bürgerschreckaktionen. Nur eine fundierte und ausdauernde revolutionäre Tätigkeit, mit sauberen Aktionen und viel Mühe und Geduld wird einen Erfolg bringen können.

VRA-Kärnten

China hat stabile Preise und einen florierenden Markt

Nachstehender Originalartikel von Hsiang Yang wurde uns von dem Artikeldienst China Features, Peking, zur Verfügung gestellt.

Die Märkte in den Städten und Dörfern Chinas sind gut mit Waren versorgt, die Preise sind stabil, und der Verkauf geht rege vonstatten. Überall blickt einem ständiger Aufschwung entgegen. Das ist der proletarischen revolutionären Linie des großen Führers Vorsitzenden Mao und dem schnellen Wachstum von Industrie und Landwirtschaft zu danken.

Sowohl in den großen wie in den kleinen Städten und den ausgedehnten ländlichen Gebieten verbessern sich die Marktverhältnisse ständig. Die Versorgung mit Artikeln des täglichen Bedarfs wie Getreideprodukten, Baumwollstoffen und Speiseöl ist stabil. Eine große Vielfalt von Konsumgütern und Nahrungsmitteln wird angeboten. Die Lebensmittelgeschäfte und Markthallen weisen ein reiches Sortiment von Fleisch, Geflügel, Eiern, Fischen, Zigaretten, Wein und Likör, Süßwaren, Backwerk und Konserven auf. Frischgemüse und Obst sind das ganze Jahr hindurch erhältlich. Die Warenhäuser führen alle Arten von Stoffen aus Baumwolle, Schurwolle und synthetischen Fasern, Strickgarn und sonstige Textilwaren, Aluminium- und Emailgeschirr, Fahrräder, Nähmaschinen, Armbanduhren, Rundfunkempfänger und Transistorradios.

In all dem spiegelt sich die rasche Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft wider, die sich von der Generallinie des Vorsitzenden Mao leiten lassen: "Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, den Sozialismus nach dem Prinzip 'Mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher' aufbauen." China hatte neun Jahre hintereinander ausgezeichnete Ernten und machte große Fortschritte in der Industrie. Das führte zu einem reichlichen Warenangebot. Die gesamten staatlichen Einkäufe von Gebrauchsgütern waren 1970 um zehn Prozent höher als 1969 und um 34 Prozent höher als 1965, dem Jahr vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Die staatlichen Handelsunternehmen kauften im abgelaufenen Jahr auch bedeutend mehr Getreide und Baumwolle; das Wachstum ihrer Einkäufe betrug bei Schweinen, Eiern und Zucker zwischen sechs und 16 Prozent, und bei Tee, Äpfeln, Seidenkokons und Wolle war es noch höher. Die Einkäufe von Baumwollstoffen, Wirkwaren, Zigaretten, Fahrrädern und anderen von der staatlichen Industrie erzeugten Gebrauchsgütern lagen weit über den Ziffern von 1969. Das Sortiment war reichhaltiger und die Qualität besser.

Eine Anzahl von Provinzen, in denen es früher nur wenig Leichtindustrie gab, haben eine ganze Serie von Richtlinien nach dem Prinzip "Auf zwei Beinen gehen" beharrlich durchgeführt, darunter die gleichzeitige Entwicklung der gesamtstaatlichen und der örtlichen Industrie sowie die gleichzeitige Errichtung großer, mittlerer und kleiner Betriebe. Das war ein starker Anreiz für die Entfaltung örtlicher Initiative beim Aufbau einer Leichtindustrie im Rahmen der einheitlichen Planung durch die zentralen Behörden. In kurzer Zeit entstanden zahlreiche leichtindustrielle Unternehmungen, wodurch diese Gegenden bald mehr auf diesem Gebiet erzeugen konnten, als sie selbst benötigten. Die Provinz Heilungkiang in Nordostchina errichtete im abgelaufenen Jahr mehrere Tausend Fabriken, Werkstätten und Produktionsgruppen der Leichtindustrie, die mehr als 300 Arten von Erzeugnissen liefern, darunter Zündhölzer, Seife, Glühbirnen, Strickwolle, Wirkwaren und andere Konsumgüter. In der Provinz Kiangsi in Ostchina entstanden mehr als 1.000 mittlere und kleine Leichtindustriebetriebe, die mehr als 1.600 Warengattungen produzieren. Diese rasche Entwicklung bedeutet, daß die lokalen Hilfsquellen ausgenützt werden, um mehr für die örtlichen Bedürfnisse zu erzeugen.

Das Lebensniveau des chinesischen Volkes steigt andauernd. Die gesamten Verkäufe der staatlichen Handelsunternehmungen an die Bevölkerung waren 1970 um fast zehn Prozent höher als 1969. Der Absatz von Gummischuhen, Tüchern, Thermosflaschen, Fahrrädern, Nähmaschinen und anderen Industriewaren war um 40 bis 150 Prozent höher als 1965, und der Verkauf von Transistorradios war 3,8mal so hoch.

Die Preise sind in China seit 1949 ständig stabil. Bei einigen Industrieartikeln wurden die Einzelhandelspreise während der großen Kulturrevolution beträchtlich herabgesetzt. Das gilt insbesondere für Medikamente, deren Preise mehrmals reduziert wurden. 1969 wurden diese Preise um 37 Prozent gesenkt und betrugen nur mehr ein Fünftel dessen, was 1950 die Arzneimittel gekostet hatten. Transistorradios wurden 1970 im Durchschnitt um 20 Prozent verbilligt. Dank den stabilen Preisen und der wachsenden Beschäftigtenzahl wird der Lebensstandard beständig gehoben und steigen die Bankeinlagen der Bevölkerung dauernd.

Das Florieren der Märkte Chinas, das in dem allgemeinen Ansteigen der Käufe, Verkäufe und Lagerbestände der Handelsunternehmen zum Ausdruck kommt, spiegelt die Überlegenheit des sozialistischen Systems in China wider und ist ein großer Sieg der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao.

"Die Wirtschaft entwickeln und die Versorgung sicherstellen" - das ist das Grundprinzip, von dem sich die Werktätigen im Handel leiten lassen. Sie gehen daher in die Betriebe und Dörfer, um festzustellen, wie sie zur Förderung der Produktion und zur Sicherstellung der Versorgung mit Artikeln des täglichen Massenbedarfs beitragen können. Die Handelsabteilungen in Kirin, Schensi und anderen Provinzen haben die Entwicklung der dortigen örtlichen Industrie angespornt. Die allgemeinen Warenlieferabteilungen in der Stadt Kirin halfen den Einwohnern bei der Schaffung von Stadtteilfabriken, die jetzt 152 neue Produkte für den lokalen Markt herstellen. In vielen Gegenden kamen die Handelsabteilungen den Wünschen der Arbeiter, Bauern und Soldaten entgegen, indem sie die Produktion und die Lieferung vieler Arten von Waren organisierten, die billig, dauerhaft und praktisch sind, darunter Schuhe und Plastik-Regenhäute für die Landarbeit, spezielle Seifensorten und wetterfeste Plastik-Kleidung für Fischer. Manche Geschäfte in Hauptverkehrsstraßen der Städte, in Industrie-und Bergbauvierteln sowie in der Nähe von Eisenbahnstationen und Hafenkais haben Tag und Nacht geöffnet, um die arbeitenden Menschen besser zu bedienen. Dieser Dienst am Volk findet allgemeine Anerkennung.

Albanisches Mosaik

Vom Touristenzentrum Durres nach Berat mit Exkursion durch das MAO TSETUNG Textilkombinat.

Wenn man das Touristenzentrum Durres verläßt und sich einem der Ausflüge in das Landesinnere anschließt, bemerkt man erst so richtig, daß man in Albanien ist, in dem sozialistischen Land, das uns in Europa als Vorbild dient.

Der Weg von Durres nach Berat, ungefähr 90 km, führt durch eine fruchtbare Ebene, die von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG's) und Staatsfarmen bewirtschaftet wird. Der Unterschied zwischen einer LPG und einer Staatsfarm besteht darin, daß eine LPG durch den Zusammenschluß vieler Bauern auf genossenschaftlicher Basis entstanden ist und sich aus ihren Produktionserträgen selbst erhält, während die Staatsfarm vom Staat finanziert wird. Eine LPG besteht jedoch nicht nur aus einem landwirtschaftlichen Betrieb, der für die Anschaffung der notwendigen Geräte und Maschinen selbst aufkommt, sondern verfügt, je nach Größe und Ertragfähigkeit, auch über eigene Handwerksbetriebe, einen Kindergarten, eine Schule etc. Die Beschäftigten einer Staatsfarm hingegen sind keine Bauern, sondern landwirtschaftliche Arbeiter, die nach einem Stundenlohnprinzip bezahlt werden, im Gegensatz zu den am Gewinn beteiligten Bauern einer LPG. Die Staatsfarm erhält die notwendigen landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen sowie geschulte Ökonomen vom Staat zur Vergügung gestellt, weshalb sie auch in der Lage ist, äußerst wirtschaftlich zu arbeiten.

Aber nicht nur die albanische Landwirtschaft lernt man auf dieser Reise nach Berat kennen, sondern auch einen Teil der albanischen Industrie. Bei der Stadt Stalin begegneten wir den ersten Bohrtürmen des albanischen Erdölgebietes.

Kurz vor Berat ändert sich das Landschaftsbild; man verläßt die Ebene und fährt den albanischen Bergen entgegen. Diese Hügel- und Bergflanken vor Berat haben einen sehr nachhaltigen Eindruck bei mir hinterlassen. In diese Hügelkette, die aussieht als wäre sie senkrecht gewellt, wurde in cirka 10 m großen Lettern der Name ENVER HOXHA eingemeißelt, und zwar jeweils auf der erhabensten Stelle dieser Welle je ein Buchstabe. Dieser Anblick hat mir bewußt gemacht, welche Liebe und Verehrung die albanische Bevölkerung diesem Manne entgegenbringt, der es verstanden hat, ein Volk aus einer trostlosen Vergangenheit in eine helle Zukunft zu führen.

Berat, auch die Stadt der 1000 Fenster genannt - auf Grund der interessanten Bauweise der Häuser, die sich eines über das andere an den Berg lehnen auf dessen Spitze die Burg von Berat steht - ist eine der ältesten Städte Albaniens mit einer bewegten historischen Vergangenheit. Wegen der vielen Denkmäler und charakteristischen Architektur seiner Häuser wurde Berat zur Museumstadt erklärt.

Am 20. Oktober 1944 fand in Berat die historische Beratung des Generalrats der nationalen Befreiung statt, welche das Antifaschistische Komitee der nationalen Befreiung, das die Funktionen einer provisorischen Regierung ausübte, in die erste demokratische Regierung Albaniens umwandelte. In Berat erfolgte auch die Proklamation der Bürgerrechte.

Höhepunkt des Ausfluges nach Berat war jedoch eine Exkursion durch das MAO TSETUNG Textilkombinat. In diesem gigantischen Werk, das mit Hilfe der Volksrepublik China gebaut wurde und 5.500 Arbeiter beschäftigt, die in drei Schichten arbeiten, wird die Baumwolle wie sie auf den Feldern geerntet wird, bis zum fertigen Stoff verarbeitet. Was einem beim Betreten des Fabriksgeländes sowie sämtlicher Arbeitssäle sofort ins Auge springt, sind die an den Wänden angebrachten Kritiken oder "Flete Rrufe" wie es auf albanisch heißt. In diesen öffentlichen Anschlägen kann jeder Arbeiter z.B. die Verwaltung, die Leistung eines Kollegen etc. kritisieren. Der oder die Kritisierten sind dann verpflichtet, bei der nächsten Betriebsversammlung zu den Anschuldigungen Stellung zu nehmen. Ein weiteror ungewohnter Anblick war für mich auch die Zurschaustellung der besten bzw. schlechtesten Leistungen der Arbeiterinnen oder Arbeiter, indem man z. B. ein Stück eines besonders schön gewebten Stoffes oder eines mit einem Webfehler oder einen gebrochenen Maschinenbestandteil jeweils mit Namen und oft sogar mit dem Bild des Betreffenden ausstellt. Oder aber auch die betriebsinternen Briefkasten, worin Vorschläge (wie z.B. für den damals gerade in Ausarbeitung gewesenen nächsten Fünfjahresplan 1971-1975) deponiert werden können.

Dieser Ausflug hat mein Wissen über die praktische Durchführung des sozialistischen Aufbaues äußerst bereichert und mir gezeigt, was ein Volk leisten kann, wenn es die Macht im Staat in die eigenen Hände nimmt.

Der Einmarsch in Laos

Erklärung des Außenministeriums der VOLKSREPUBLIK CHINA

Am 29. Jänner hat der amerikanische Staatssekretär Rogers offen erklärt, die USA würden den Krieg in Indochina ausdehnen und er fügte hinzu, daß es für den Einsatz der US-Luftwaffe "keine Grenzen" gäbe. Rogers schloß auch nicht die Möglichkeit anderer Aggressionsakte aus. Im Laufe der letzten Tage haben die US-Aggressionsstreitkräfte und ihre südvietnamesischen Marionettentruppen verschiedene Truppenbewegungen- und Konzentrationen an der laotischen Grenze durchgeführt. Unter amerikanischer Führung sind auch thailändische Truppen eingesetzt, in enger Zusammenarbeit mit der amerikanischen Luftwaffe. Diese bombardiert Tag für Tag die südlichen Gebiete von Laos.
Ein neues Abenteuer wurde von den amerikanischen Aggressoren in Indochina in Gang gesetzt.
Bei ihrem Bemühen, den Aggressionskrieg auszuweiten, fürchtet die Regierung Nixon die Opposition des amerikanischen Volkes und aller Völker der Welt. Deshalb sucht sie ihre Aktion mit allen möglichen Schwindeleien zu tarnen und hatte deshalb auch für einige Zeit eine Nachrichtensperre verhängt.
Tatsächlich wurde das neue militärische Abenteuer des amerikanischen Imperialismus von langer Hand vorbereitet. Seit langem gibt es nämlich ein Geheimabkommen zwischen den Saigoner Marionetten und den reaktionären Kräften von Laos, unterstützt vom amerikanischen Imperialismus bezüglich des Einmarsches südvietnamesischer Marionettentruppen in Laos.
Die Regierung Nixon ist der Hauptverbrecher, der für die Ausdehnung dieses Aggressionskrieges verantwortlich ist.
Die Regierung und das Volk von China verurteilen schärfstens den amerikanischen Imperialismus für sein neues Verbrechen gegen die Völker Indochinas und unterstützen fest die feierlichen Erklärungen des Zentralkomitees der patriotischen Front von Laos, des Außenministeriums der Demokratischen Republik Vietnam und der provisorischen Revolutionsregierung von Südvietnam und des Sprechers der Regierung der nationalen Einheit von Kambodscha.
Der Versuch des amerikanischen Imperialismus durch Ausdehnung seines Aggressionskrieges, die drei heroischen Völker Indochinas zu unterwerfen, wird niemals gelingen. Diese werden den USA-Aggressoren sicherlich einen noch schwereren Schlag versetzen.
Das 700-Millionen-Volk Chinas hält hoch das Banner des proletarischen Internationalismus und wird daher den Imperialisten nicht gestatten, zu tun was ihnen beliebt. Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, den drei Völkern Indochinas volle Unterstützung und Beihilfe bis zum entgültigen Sieg im Krieg gegen die amerikanischen Aggressoren und für das nationale Wohl zu gewähren.